

Verband Freier Berufe NRW · Tersteegenstr. 9 · 40474 Düsseldorf

Präsidentin des
Landtags Nordrhein-Westfalen
Frau Carina Gödecke, MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
16. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
16/2611**

A18

Tersteegenstr. 9
D-40474 Düsseldorf
Fon: +49(0)211 4361799-0
Fax: +49(0)211 4361799-19
info@vfb-nw.de
www.vfb-nw.de

Düsseldorf, 23. Februar 2015

Stellungnahme zur Öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk am 25. Februar 2015 im Landtag NRW zum Antrag der Fraktion der FDP „Bürger, Wirtschaft und öffentliche Verwaltung entlasten – Nordrhein-Westfalen als Impulsgeber für mutigen und konsequenten Bürokratieabbau“, Drucksache 16/5755

Sehr geehrte Frau Gödecke,

gerne nimmt der Verband Freier Berufe im Lande Nordrhein-Westfalen e. V. zur Öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk am 25. Februar 2015 im Landtag NRW zum Antrag der Fraktion der FDP „Bürger, Wirtschaft und öffentliche Verwaltung entlasten - Nordrhein-Westfalen als Impulsgeber für mutigen und konsequenten Bürokratieabbau“, Drucksache 16/5755, Stellung. In diesem Zusammenhang bedanken wir uns insbesondere für die Mitwirkung der Ärztekammer Nordrhein, der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe bei der Ausarbeitung Stellungnahme.

Ärztinnen und Ärzten werden zunehmend bürokratische Aufgaben wie Verwaltungs-, Dokumentations- und organisatorische Aufgaben auferlegt, die zu einer Arbeitsverdichtung führen und in der Konsequenz weniger Zeit für die Patientenzuwendung erlauben.

Ärztinnen und Ärzte befürchten, dass gerade auch mit der aktuell geplanten Gesetzgebung (GKV-Versorgungsstärkungsgesetz, Eckpunktepapier der Bund-Länder-AG zur Krankenhausreform 2015) eine erhebliche Zunahme von Bürokratie verbunden sein könnte. Die Kammerversammlung der Ärztekammer Nordrhein hat schon im März 2014 gefordert, gute Qualität nachhaltig – ohne Bürokratieexzesse – zu fördern.

Neben der Vielzahl an zum Beispiel Dokumentations- und Informationspflichten im medizinischen Kontext, der Korrespondenz mit Krankenkassen ist bei überbordender Bürokratie in der Arztpraxis und im Krankenhaus auch an Themen wie kleinteilige Arbeitsschutzstandards an Büroarbeitsplätze oder an engmaschige Dokumentationspflichten von Minijobbern (neu seit dem 1. Januar 2015) zu denken.

Bürokratieabbau – langjährige Forderung der Ärzteschaft

Schon auf dem 107. Deutschen Ärztetag im Jahre 2004 wurden Bemühungen gestartet, um einen Bürokratieabbau schneller und konsequent fortzuführen. In den Folgejahren bis heute hat die Ärzte-

Vereinsregister:
Amtsgericht Düsseldorf, VR 3257
Vorsitzender: Hanspeter Klein
Geschäftsführer: André Busshuven
Bankverbindung:
Deutsche Apotheker- und Ärztebank Düsseldorf
Konto-Nr.: 1 025 708, BLZ: 300 606 01
Postbank Köln
Konto-Nr.: 117 462 503, BLZ: 370 100 50

schaft auf Bundes- und auch auf Kammerebene ihre Forderungen zur Reduzierung der überbordenden Bürokratie in Krankenhäusern und Arztpraxen gegenüber der Politik und der Selbstverwaltung stets bekräftigt und wiederholt platziert (Beschlüsse Deutscher Ärztetage, Beschlüsse der Kammerversammlung der Ärztekammer Nordrhein).

Nach wie vor ist die Entlastung von Bürokratie ein wichtiges Ziel der Ärzteschaft. So wurden auf dem 117. Deutschen Ärztetag im Mai 2014 die „Düsseldorfer Forderungen zur Arzt-Patienten-Kommunikation“ verabschiedet, die unter anderem fordern:

Bürokratie abbauen: Die stetig zunehmende Bürokratie in Arztpraxen und Krankenhäusern entzieht der Arzt-Patienten-Begegnung Zeit. Nach Feststellungen des Nationalen Normenkontrollrates unterliegen zum Beispiel Arztpraxen inzwischen mehr als 500 Informationspflichten. Der Deutsche Ärztetag fordert Politik und Selbstverwaltung zu einer maximal möglichen Entlastung von Verwaltungsarbeiten im Gesundheitswesen für Patienten und Ärzte auf, damit wieder mehr Zeit für den unmittelbaren Arzt-Patienten-Kontakt zur Verfügung steht.

Niederlassungshemmnis Bürokratie

Befragungen von Klinikärzten zeigen immer wieder, dass Bürokratie nicht nur ein großes Hemmnis im Klinikalltag, sondern ein Hauptgrund gegen eine Niederlassung ist. Die überbordende Bürokratie mit der Folge, dass immer weniger Zeit am Patienten selbst verbracht werden kann, ist einer der Hauptkritikpunkte der jungen Ärztinnen und Ärzte, wie unter anderem die Umfragen des Hartmannbundes unter Studierenden und Assistenzärzten gezeigt haben.

Bürokratieabbau ist unerlässlich

Für eine gute Patientenversorgung heute und auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels verbunden mit einer sinkenden Zahl von Arztstunden, die für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung stehen werden, ist eine Entlastung der Ärztinnen und Ärzte von Bürokratie unerlässlich. Deregulierung und die Etablierung von arztentlastenden Strukturen im Krankenhaus und in der Arztpraxis sind hierfür notwendig.

Im Ergebnis begrüßen wir den Antrag der Fraktion der FDP und befürworten eine gemeinschaftliche und konsensorientierte Verabschiedung der im Antrag formulierten Ziele von allen Landtagsfraktionen. Darüber hinaus erachten wir die Erarbeitung einer gemeinsamen Strategie mit Freien Berufen, Wirtschaft und Gesellschaft für notwendig, um Bürokratie nachhaltig abzubauen.

Mit freundlichen Grüßen
sind wir Ihre

Hanspeter Klein
Vorsitzender

André Busshuven
Geschäftsführer